



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

34. Jahrgang 2022



Nomos

Redaktion: Birgit Bublies-Godau, Ewald Grothe, Wolther von Kieseritzky,
Jochen Merkle, Alexander Olenik, Sven Prietzel

Anschrift der Redaktion:
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

ewald.grothe@freiheit.org



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

34. Jahrgang 2022

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
herausgegeben von
Eckart Conze, Dominik Geppert, Ewald Grothe,
Wolther von Kieseritzky, Anne C. Nagel,
Joachim Scholtyseck und Elke Seefried



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0399-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-3651-0 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorbemerkung

Anlässlich der 150-jährigen Wiederkehr der Reichsgründung von 1871 stand das Liberalismus-Kolloquium im Jahr 2021 unter dem Leitmotiv „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“. Zum einen ging es darum, für einige Bereiche die Forschungslage zum Kaiserreich zu vermessen, zum anderen um die Frage, welche Rolle dem Kaiserreich längerfristig im Hinblick auf die Entwicklung, die Chancen und Gefährdungen der Demokratie in Deutschland zukommt. Entsprechend ist der Themenschwerpunkt dieses Jahrbuchs gewählt. Das Kolloquium fand in Kooperation der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der „Forschungsstelle Weimarer Republik“ und dem Verein „Weimarer Republik e.V.“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im November 2021 statt. Dem Leiter der Forschungsstelle, Prof. Dr. Michael Dreyer, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere Dr. Tim Niendorf, sei für die hervorragende Zusammenarbeit ausdrücklich gedankt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat in diesem Jahr turnusgemäß die Herausgeberinnen und Herausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung bestellt: Wieder berufen wurden Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg), Prof. Dr. Dominik Geppert (Potsdam), Prof. Dr. Ewald Grothe (Gummersbach), Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Bonn) und Prof. Dr. Elke Seefried (Aachen), neu berufen wurden Dr. Wolther von Kieseritzky (Potsdam) und Prof. Dr. Anne C. Nagel (Gießen). Allen Beteiligten gebührt Dank für die engagierte Unterstützung der Liberalismus-Forschung.

Inhaltsverzeichnis

*Themenschwerpunkt: „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie?
Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“*

Dominik Geppert

Die vielen Gesichter des Kaiserreichs. Ein Plädoyer für mehr
historiographische Pluralität 13

Eckart Conze

Weichzeichner und Schwarzmaler. Warum wir eine differenzierte
Debatte über das Kaiserreich brauchen 27

Wolther von Kieseritzky

„Schneller verwirklicht, als selbst wir gehofft hatten“. Der innere
Ausbau des Nationalstaats: zu den Möglichkeiten liberaler Politik im
Kaiserreich 43

Michael Dreyer

Reich, Nation, Länder: Liberale Perspektiven zwischen kommunaler
Selbstverwaltung und föderaler Nation 61

Andreas Biefang

„Ein Tropfen demokratischen Öls“. Grundlagen und Grenzen der
Macht des Reichstags 77

Christoph Jahr

„Wo keine freie Presse ist, da ist jede Verfassung ein
Gräuelspiel“. Meinungsfreiheit, mediale Öffentlichkeit und politische
Kommunikation im Kaiserreich 93

Andreas Fahrmeir

Staatsbürgerschaft, Identitäten und Integration in liberaler Theorie
und Praxis 115

Frank Lorenz Müller

Liberalismus und Monarchie im Europa des 19. Jahrhunderts 129

<i>Ulrich Sieg</i> Fin de Siècle – Liberalismus und die Ambivalenz der Moderne	145
<i>Anne C. Nagel</i> Wissenschaft, Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftspolitik im Kaiserreich	163
<i>Dirk van Laak</i> „Neue Taktgeber des Alltags“. Infrastrukturentwicklung in (trans-)nationalen Räumen	177
<i>Carsten Burhop</i> Wirtschaftskrisen und erste Globalisierung. Die Außenwirtschaftsordnung als Krisenfaktor: 1873 und 1907	189
<i>Christoph Nonn</i> Liberalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Globale Ordnungskonzepte der Liberalen im internationalen Vergleich	209
<i>Jens Hacke</i> Transformationskrise des Liberalismus: Die Zwischenkriegszeit	223
<i>Jürgen Frölich</i> „Reich“ und „Nation“ im deutschen Liberalismus nach 1945	231
<i>Henning Türk</i> Von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung? Liberale Konzeptionen nach 1945	249
<i>Weitere Beiträge und Miscellen</i>	
<i>Tim Geiger</i> Die deutsche Einheit als Beitrag zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit. Hans-Dietrich Genschers Handschrift im Prozess der deutschen Einigung 1989/90	267
<i>Ewald Grothe</i> Wolfgang Mischnick – ein liberaler Deutschlandpolitiker zwischen Ost und West	297

Karsten Linne

Liberale Pionierarbeit. Walter Scheel als erster Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

303

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

321

Themenschwerpunkt:
„Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches
Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“

Die vielen Gesichter des Kaiserreichs. Ein Plädoyer für mehr historiographische Pluralität

Die deutsche Historikerzunft erlebt gegenwärtig eine Art akademisches Osterwunder: die Auferstehung einer These aus dem wissenschaftlichen Totenreich. Wer es kritischer sieht, könnte auch sagen: Wir verfolgen Wiederbelebungsversuche an einem Deutungsmuster, das schon vor Jahrzehnten an multiplem Organversagen gestorben ist.¹ Ob Resurrektion oder Reanimation – die Sonderwegsthese ist wieder da. Ihr Comeback ist ebenso bemerkenswert wie erklärungsbedürftig. Schließlich hatte die Vorstellung eines deutschen Sonderwegs in die Moderne, der grundsätzlich von einer westlichen Normalentwicklung hin zu immer mehr Freiheit und Demokratie abgewichen sei und daher mehr oder weniger zwangsläufig zur nationalsozialistischen Diktatur geführt habe, in der Forschung schon in den 1980er Jahren ihren Zenit überschritten.²

Auch bei der Wiederentdeckung des Sonderwegs, die wir in der jüngsten Zeit anlässlich eines neuen Streits um die Bewertung des deutschen Kaiserreichs und der deutschen Demokratiegeschichte im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert erlebt haben, können die Einwände nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Eckart Conze räumt in seiner Streitschrift über die „Schatten des Kaiserreichs“ ein, die Sonderwegsthese postuliere einen internationalen Vergleich, den ihre Verfechter nur selten umgesetzt hätten. Sie tendiere zu einer Verklärung des Westens, der in Wirklichkeit niemals so vorbildlich gewesen sei. Zugleich will Conze jedoch an den „Ergebnissen“ der These festhalten und tischt fast alle Versatzstücke wieder auf: „den strukturellen Autoritarismus, die Demokratiedefizite, den fehlenden Parlamentarismus, die Schwäche des Liberalismus, die Macht der traditionellen Eliten, den

1 Dieser Beitrag verdichtet die Sichtweise, die ich in der Podiumsdiskussion „Neue Kontroversen um das alte Reich“ im Rahmen des Kolloquiums zur Liberalismus-Forschung „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“ am 4./5. November 2021 an der Universität Jena vertreten habe. Ich führe dabei einige Gedanken näher aus, die ich bereits an anderer Stelle angestellt habe: Dominik Geppert: Neuer Nationalismus? Vom deutschen Bedürfnis, das Kaiserreich schwarzzumalen. In: Neue Zürcher Zeitung vom 3.5.2021.

2 Siehe etwa die differenzierte und abgewogene Einordnung von Cornelius Torp/Sven Oliver Müller: Das Bild des Deutschen Kaiserreichs im Wandel. In: Dies. (Hrsg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse. Göttingen 2009, S. 9–27.

aggressiven Nationalismus oder den politischen und gesellschaftlichen Militarismus“.³

Ähnlich hat Heinrich August Winkler kürzlich argumentiert: Einerseits konzedierte er wesentliche Einwände, etwa indem er feststellte, nicht alle Kontinuitätslinien aus dem Kaiserreich führten in den Nationalsozialismus, sondern auch in die beiden deutschen Teilstaaten des Kalten Kriegs und in unsere Gegenwart. Andererseits insistierte er, es gebe gute Gründe, an der These vom „langen Weg Deutschlands in den modernen Westen“ festzuhalten.⁴ Sonderwegskritiker, darin sind sich Conze und Winkler einig, bauten mit ihren Einwendungen einen „Popanz“ auf, um die deutsche Geschichte umzuschreiben.⁵

Hinter dem historiographischen Schattenboxen verbergen sich nicht zuletzt unterschiedliche Einschätzungen der deutschen Gegenwart. Das ist nichts Ungewöhnliches. Debatten zur nationalen Standortbestimmung finden in Deutschland stärker als anderswo in Gestalt von Auseinandersetzungen über die Vergangenheit statt. Deswegen sind geschichtswissenschaftliche Kontroversen hierzulande oft so stark politisiert und haben eine Tendenz zur Moralisierung, die ausländische Beobachter befremdet. Neu ist, dass es bei den historischen Selbstfindungsdiskussionen nicht wie sonst zumeist während der vergangenen Jahrzehnte um die deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts geht. Nicht Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und die Vernichtung der europäischen Juden stehen im Mittelpunkt, auch nicht Kommunismus, DDR und Staatssicherheitsdienst. Stattdessen rückt – wie in den 1960er und 1970er Jahren – das Kaiserreich wieder ins Blickfeld.

Die emotionale Aufladung war schon 2014 bei der Kontroverse um die Ursachen des Ersten Weltkriegs zu spüren.⁶ Sie war in ihrem Kern eine Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Internationalisten. Die Traditionalisten beharrten auf der seit der Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre in Deutschland vorherrschenden Ansicht, dass in der Julikrise von 1914 die treibenden Kräfte in Berlin saßen, während die anderen Mächte mit Ausnahme Österreich-Ungarns lediglich reagierten oder vielmehr in einer bestimmten Art und Weise reagieren mussten. Für die Traditionalisten war

3 Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. München 2020, S. 212–214, hier S. 214.

4 Heinrich August Winkler: Gab es ihn doch, den deutschen Sonderweg? Anmerkungen zu einer Kontroverse. In: Merkur 865, Juni 2021, S. 17–28, hier S. 27, wiederabgedruckt in: Ders.: Deutungskämpfe. Der Streit um die deutsche Geschichte. München 2021, S. 242–253.

5 Conze: Schatten (wie Anm. 3), S. 217, Winkler: Sonderweg (wie Anm. 4), S. 20.

6 Vgl. etwa die Beiträge im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014) mit dem Themenschwerpunkt „Liberalismus und Erster Weltkrieg“.

das Deutsche Reich der Fixstern der europäischen Staatenwelt, um den die anderen Mächte wie Planeten auf ihren vorgegebenen Bahnen kreisten.⁷

Die Internationalisten hielten diese Lesart für unzureichend, weil sie ausschließlich auf die deutsche Politik fokussierte und den anderen Mächten – von Russland über Frankreich bis England – keine eigenen Absichten und Interessen zubilligte, die der Untersuchung wert seien. Für sie waren die Ereignisse und Entscheidungen des Juli 1914 nur als komplexe internationale Krise in einem multipolaren Staatensystem angemessen zu verstehen, in dem die beteiligten Staatenlenker unter Zeitdruck, ohne alle Informationen (und vor allem den weiteren Gang der Dinge) zu kennen, handelten und dabei eng auf das ausgerichtet blieben, was sie für das eigene nationale Interesse hielten.⁸

Die Debatte wurde in Deutschland vor allem deshalb so giftig geführt, weil mit der Frage des Kriegsbeginns auch – oder sogar vorrangig – Fragen des politischen Selbstverständnisses diskutiert wurden. Kategorien des nationalen Interesses und der äußeren Handlungszwänge wurden in diesem Zusammenhang mit besonderem Argwohn betrachtet und unter Apologieverdacht gestellt.⁹ Eine ähnliche Politisierung und Polarisierung wiederholte sich sieben Jahre später in den Fachbüchern, Feuilletons und Internet-Blogs zur Reichsgründung von 1871 und zur Frage, wie das im Spiegelsaal von Versailles proklamierte Hohenzollernreich zu bewerten sei. Sogar der Bundespräsident hat das Thema geadelt, indem er im Januar 2021 zwei Historikerinnen und zwei Historiker zur Geschichtsstunde ins Schloss Bellevue einlud, um über die Gründung des Deutschen Reichs vor 150 Jahren zu diskutieren.¹⁰

Wieso, fragt man sich, rückt uns auf diese Weise ein Gemeinwesen wieder näher, das vor einem Vierteljahrhundert noch als das „vergangene Reich“ betitelt wurde?¹¹ Eine gängige Erklärung lautet, die Deutschen seien der Schulddebatten überdrüssig und wollten sich einer vermeintlich ruhm-

7 In diesem Sinne etwa Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg. München 2014.

8 Am prominentesten Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.

9 So etwa von Heinrich August Winkler: Und erlöse uns von der Kriegsschuld. Die deutsche Begeisterung für Christopher Clarks „Schlafwandler“ lässt tief blicken. In: Die Zeit Nr. 32 vom 31. Juli 2014; siehe auch die Entgegnung von Dominik Geppert: Die Geschichte ist schon weiter. Der Erste Weltkrieg hatte viele Auslöser. Manche Historiker wollen das nicht wahrhaben. Sie übersehen die neueste Forschung. In: Süddeutsche Zeitung vom 25. August 2014.

10 Frank-Walter Steinmeier: „Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich gibt es nicht“. Rede und Gespräch mit Historikerinnen und Historikern zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches am 13. Januar 2021. Berlin 2021.

11 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. München 1995.

reichen und historisch unbelasteten Nationalvergangenheit vor dem Zivilisationsbruch der NS-Diktatur zuwenden. Sie erblickten im Kaiserreich, so die Diagnose, das Vorbild eines im Innern und nach außen machtvollen, selbstbewussten und straff regierten Staates ohne Parteiengezänk, der dafür aber wirtschaftlich potent gewesen sei und wissenschaftlich an der Weltspitze gestanden habe. Aus diesem Geist nationaler Apologie werde im Zuge einer „erinnerungskulturellen Rechtswende“ die Garnisonkirche in Potsdam wieder aufgebaut und in der Berliner Stadtmitte das Hohenzollernschloss rekonstruiert.¹²

Um derartige Tendenzen abzuwehren, hat Conze sein „Schatten“-Buch geschrieben, das er ausdrücklich als „geschichtspolitische Intervention“ verstanden wissen möchte. In Darstellungen, die das Bild des Kaiserreichs nicht dunkel genug zeichnen, sieht er einen neuen Nationalismus am Werk, der die Berliner Republik in eine „schwarz-weiß-rote Tradition“ stellen wolle. Wer die Akzente anders setzt, den bezichtigt er einer versuchten „Selbstentlastung“, die „politisch gefährlich“ sei.¹³ Auch Winkler wittert in einer Abkehr vom Sonderwegs-Paradigma die Gefahr einer „Wiederbelebung der nationalapologetischen Legende von Hitler als dem ‚Betriebsunfall‘ der deutschen Geschichte“.¹⁴

Eine derartige Deutung des Interesses am Kaiserreich ist freilich eine Karikatur – und zwar gleich eine doppelte. Sie verzerrt nicht nur die neuere geschichtswissenschaftliche Forschung zum Thema. Sie verkennt auch die Stimmungslage im heutigen Deutschland. Eine Verklärung des Kaiserreichs als „gute, alte Zeit“, wie es sie in der frühen Bundesrepublik nach den Verbrechen des Nationalsozialismus und den Verheerungen zweier Weltkriege durchaus gegeben hatte,¹⁵ ist heute kaum noch festzustellen. Rufe nach einer Restauration der Monarchie sind außerhalb winziger Splittergruppen von Kaiser-Wilhelm-Fans nicht zu vernehmen. In der Debatte um das Erbe der Hohenzollern ist die deutsche Öffentlichkeit ganz überwiegend auf der Seite von deren Kritikern. In den Feuilletons und Forschungsinstituten unseres Landes haben die Nachfahren des letzten deutschen Kaisers kaum Freunde, allein schon wegen der brachialen Medienstrategie des Hauses.¹⁶ Zudem ist der kaiserzeitliche Stolz auf das Militär einem ausgeprägten Desinteresse,

12 Eckart Conze: Erinnerungskulturelle Rechtswende. 150 Jahre 1871 und der Deutungskampf ums Kaiserreich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2021, S. 85–95.

13 Conze: Schatten (wie Anm. 3), S. 17, 236, 239.

14 Winkler: Sonderweg (wie Anm. 4), S. 27.

15 Nachzulesen etwa in den entsprechenden Bänden des „Jahrbuchs der öffentlichen Meinung“ des Instituts für Demoskopie Allensbach, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann.

16 Winfried Süß: „Um Erbe und Ehre“. Der Streit über das Hohenzollernvermögen als Skandal und Lehrstück. In: Frank Bösch u. a. (Hrsg.): Public Historians. Zeithistorische Interventionen nach 1945. Göttingen 2021, S. 429–443.

wenn nicht gar Misstrauen gegenüber deutschen Soldaten in der Bundeswehr gewichen, das sich angesichts der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 bitter rächt. Die Nachbarn und Verbündeten des vereinigten Deutschlands fürchten heute mehr denn je nicht dessen militärische Stärke oder Vorherrschaftsgelüste, sondern diplomatische Unentschlossenheit und eine Trittbrettfahrer-Mentalität in der Sicherheitspolitik.¹⁷

Irreführend ist auch die Kennzeichnung geschichtswissenschaftlicher Studien, die ein differenzierteres Bild des Kaiserreichs entwerfen, als neonationalistisch. Wenn etwas die neueren Forschungen zur deutschen Geschichte zwischen 1871 und 1918 verbindet, ist es nicht Apologie, sondern Ambivalenz. Kein ernstzunehmender Historiker leugnet die autoritären Seiten der Hohenzollernmonarchie oder deren unvollständige Parlamentarisierung.¹⁸ Das dunkle Kapitel der Kolonialgeschichte wird immer besser erforscht.¹⁹ Die Entstehung eines radikalen Nationalismus vor 1918 steht nicht in Abrede.²⁰ Unstrittig ist auch die Spannung zwischen einer im internationalen Vergleich frühen und weitreichenden Demokratisierung auf Reichsebene einerseits und andererseits dem zähen Festhalten konservativer Kräfte am überkommenen Dreiklassenwahlrecht, das gerade Preußen zu einem „Widerlager der Beharrung“ machte.²¹

Deutlicher als früher wird jedoch in den aktuellen Forschungen neben dem ökonomischen Aufschwung, der kulturellen Produktivität, der Exzellenz in vielen Bereichen der Natur- und Geisteswissenschaften auch die politische Veränderungsdynamik betont. In deren Folge erhöhte sich einerseits die „Kompromissfähigkeit der politischen Eliten des Kaiserreichs“, die Mittel und Wege des Interessenausgleichs zwischen Regierung und Parlamentsfraktionen perfektionierten.²² Andererseits jedoch verfestigte sich auch eine „Mentalität der politischen Verantwortungslosigkeit“ in den Parteien, weil die Aushandlungsprozesse auf möglichst vorteilhafte Vereinbarungen

- 17 Zum Kontrast siehe Sönke Neitzel: *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*. Berlin 2020.
- 18 Christoph Schönberger: *Die überholte Parlamentarisierung. Einflussgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich*. In: *Historische Zeitschrift* 272 (2001), S. 623–666.
- 19 Birthe Kundrus: *Von der Peripherie ins Zentrum. Zur Bedeutung des Kolonialismus für das Deutsche Kaiserreich*. In: Müller/Torp (Hrsg.): *Kaiserreich* (wie Anm. 2), S. 359–373.
- 20 Geoff Eley: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*. New Haven 1980.
- 21 Hartwin Spenkuch: *Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des „deutschen Sonderwegs“*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 262–293, hier S. 268; siehe auch Thomas Kühne: *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*. Düsseldorf 1994.
- 22 Wolfram Pyta: *Das Kaiserreich als System kompromisshafter Entscheidungen*. In: Andreas Braune u. a. (Hrsg.): *Einigkeit und Recht, doch Freiheit? Das Deutsche Kaiserreich in der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur*. Stuttgart 2021, S. 31–36.

mit der Reichsleitung zielten, nicht aber auf die Übernahme von Regierungsverantwortung.²³

Die Medienentwicklung im Kaiserreich wird nicht mehr vorrangig als Geschichte von Zensur und Presselenkung geschrieben, sondern als eine Kommunikationsrevolution, die erhebliche Anpassungsleistungen vom Pressemanagement der staatlichen Stellen verlangte.²⁴ Die gesellschaftlichen Diskussionen waren von wesentlich größerer Pluralität geprägt und wurden kontroverser geführt als man es in einem autoritätshörigen Untertanenstaat erwarten würde: Eine Zeitschrift wie die *Preußischen Jahrbücher* konnte sich als Leitmedium der gesellschaftlichen und politischen Elite verstehen und gleichzeitig heftige Kritik an der Politik der Reichsleitung formulieren: von der Germanisierungspolitik gegenüber Polen und Dänen bis zur Flottenrüstung und den Kriegszielen im Ersten Weltkrieg.²⁵ Auch die Politisierung breiter Bevölkerungskreise von den Arbeitern bis zu den Frauen wird in der neueren Forschung stärker beachtet und die Einübung demokratischer Praktiken als Fortschritt gewürdigt.²⁶

In der von Bismarck entworfenen Verfassung erblickt die neuere Forschung nicht mehr nur ein starres Bollwerk gegen Veränderung, sondern auch eine erstaunliche flexible konstitutionelle Ordnung, die sich zwar nicht zu einem parlamentarischen System nach englischem Vorbild entwickelte, aber im Rahmen der konstitutionellen Monarchie doch erhebliche Anpassungen ermöglichte, beispielsweise einen beträchtlichen Bedeutungsgewinn des Reichstags. Nicht zufällig ist es ein in Großbritannien akademisch sozialisierter deutscher Historiker wie Oliver Haardt, der gegen die traditionelle Fixierung der deutschen Historiographie auf *Verfassungstexte* die Veränderungspotenziale der *Verfassungswirklichkeit* stark macht – einer Verfassungsrealität, die in der Perspektive einer langen Dauer ohne konstitutionelle Umbrüche evolutionäre Dynamik entfalten und sich an wandelnde gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte anpassen kann.²⁷

Womöglich entwickeln wir aus der Anschauung der eigenen Gegenwart in der nunmehr fast ein Dreivierteljahrhundert existierenden Verfassungs-

23 Christoph Nonn: Wahlrecht, Verfassung und politisches Verhalten; <https://www.demokratie-geschichte.de/index.php/3178/wahlrecht-verfassung-und-politisches-verhalten/> (21.4.2022).

24 Dominik Geppert: The Public Challenge to Diplomacy. British and German Ways of Dealing with the Press. In: Markus Mößlang/Torsten Rietze (Hrsg.): *The Diplomats' World. The Cultural History of Diplomacy, 1815–1914*. Oxford 2008, S. 133–164.

25 Dominik Geppert/Andreas Rose (Hrsg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Hans Delbrück – Ausgewählte Korrespondenz (1868–1929)*, im Druck.

26 Margaret Lavinia Anderson: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive. In: *Geschichte und Gesellschaft* 44 (2018), S. 367–398.

27 Oliver Haardt: Für den Zweifel. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Februar 2021, S. 12, ausführlicher ders.: *Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs*. Darmstadt 2020.

ordnung des Grundgesetzes ein feineres Gespür für derartige evolutionäre Veränderungen als frühere Generationen, die noch stärker durch die revolutionären Brüche der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt waren. Zugleich mögen uns aber neben der Stabilität des konstitutionellen Rahmens auch die kulturellen und mentalen Umbrüche in der deutschen Gesellschaft um 1900 im frühen 21. Jahrhundert vertraut vorkommen. Es ist vielleicht nicht zuletzt die Verbindung von Rasanzen und Ambivalenz des Wandels aller möglichen Lebensbereiche, aus der sich das gesteigerte Interesse am Kaiserreich unserer Tage erklärt. Es rührt weniger aus einer gefährlichen Sehnsucht nach Verherrlichung der Vergangenheit, sondern eher daher, dass die Jahre zwischen 1871 und 1914/18 als Epoche enormer und widersprüchlicher Modernisierung, Dynamisierung und Polarisierung faszinieren. Zugleich erscheinen sie unserer Gegenwart als eine Zeit medialer Revolutionen, europäischer Krisen, internationaler Spannungen, zunehmender globaler Vernetzung und einer beträchtlichen Unübersichtlichkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen trotz aller Fremdartigkeit in ihren Grautönen womöglich sogar vertrauter als die ideologisch vergleichsweise wohlgeordnete Schwarz-Weiß-Welt des Kalten Krieges.

Es ist auch kein Zufall, dass sich das Interesse gegenwärtig stärker auf das Wilhelminische Zeitalter um 1900 richtet als auf die Bismarck-Ära. In mancher Hinsicht hat eine Umkehrung in der Bewertung stattgefunden. Früher wurde die Bismarck-Zeit von den Historikern günstiger beurteilt als die Nach-Bismarck-Ära. Die Staatskunst des Eisernen Kanzlers, der die Saturiertheit des Reiches verkündete, schien sich positiv vom Dilettantismus und der Sprunghaftigkeit Wilhelms II. abzuheben, der mit seinem vermeintlichen persönlichen Regiment die weltpolitische Losung eines Platzes an der Sonne ausgegeben habe. Lange wurden zudem vor allem die bedrohlichen Aspekte der Ausprägung des „Massenzeitalters“ seit den 1890er Jahren betont: Nationalismus und Militarismus, Kolonialismus und Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus, politische Radikalisierung, geistige Verunsicherung und kulturelle Verflachung. Heute hingegen gilt vielen Historikern die Zeit vor 1890 eher als konservativ-verstockt und rückwärtsgewandt, während in der wilhelminischen Ära neben den Schattenseiten der Moderne auch progressive Tendenzen deutlicher betont oder zumindest gesehen werden, die stärker als Vorgeschichte unserer Gegenwart erscheinen.²⁸

Dass uns das Kaiserreich auf diese Weise wieder näher rückt, erklärt auch einen Gutteil der historiographischen Abwehrreflexe. Seit den 1960er Jahren haben Historiker die Geschichte des Hohenzollernreichs vor allem als Vorgeschichte des Nationalsozialismus interpretiert, um zu verstehen, wie es

28 So etwa bei Hedwig Richter: *Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich*. Frankfurt a. M. 2021.

zur Errichtung einer totalitären Diktatur in Deutschland kommen konnte. Die kritische Wendung in der Nationalgeschichtsschreibung war ein wichtiger Beitrag zur inneren Westbindung der Bundesrepublik. Sie betonte den Bruch des Jahres 1945, strich die Annäherung an westliche Vorstellungen von Staat und Gesellschaft heraus und hob den demokratischen Neuanfang in Westdeutschland hervor. Insofern trug die Sonderwegsthese zur intellektuellen Selbstanerkennung der Bundesrepublik als einem Gemeinwesen mit eigener, 1945/49 beginnender Erfolgsgeschichte bei.²⁹

Die Renaissance der Sonderwegsthese ist daher nicht zuletzt auch aus einem Verlustgefühl angesichts des Untergangs liebgewonnener Gewissheiten aus der Zeit der Bonner Republik entstanden: Sie ist das Produkt einer historiographischen Nostalgiewelle. Bezeichnenderweise rekurren die Vertreter dieser Sichtweise in ihren aktuellen Stellungnahmen vor allem auf die großen Werke der 1960er bis 1980er Jahre von Fritz Stern und Ralf Dahrendorf über Hans Ulrich Wehler und Jürgen Kocka bis Thomas Nipperdey. Die neuere Forschung wird entweder kritisiert oder ignoriert. Das gilt für Lavinia Andersons Arbeiten zur Wahlpraxis und Oliver Haardts Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte ebenso wie für Jakob Vogels Analyse der Militärkultur sowie die außenpolitischen Studien von Konrad Canis und Andreas Rose oder die große Synthese von Christoph Nonn.³⁰

Diese blinden Flecken haben Methode, denn die neueren Forschungen zum Kaiserreich fügen sich nicht mehr in die alten Deutungsmuster. Auf vielen Feldern relativieren sie den Sonderweg, indem sie die deutschen Entwicklungen in eine europäische Vergleichsperspektive rücken. Das Verhältnis zum Militär stellt sich anders dar, wenn man sieht, dass Deutschland pro Kopf weniger Geld für seine Streitkräfte ausgab als Frankreich oder Großbritannien. Der Blick auf die rigiden Schranken der Klassengesellschaft verändert sich, wenn man bedenkt, dass Armee und Polizei bei Arbeitskämpfen im Frankreich der Dritten Republik rabiater einzugreifen pflegten als in Deutschland oder dass Nationalgardisten 1913 bei einem Bergarbeiterstreik im US-Bundesstaat Colorado sechzig Menschen, teils Kinder und Frauen, erschossen, wofür später nur ein einziger Soldat von einem Gericht verurteilt

29 Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980. Göttingen 2008.

30 Margaret Lavinia Anderson: Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany. Princeton 2000; Haardt: Bismarcks ewiger Bund (wie Anm. 27); Konrad Canis: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914. Paderborn u.a. 2011; ders.: Bismarcks Außenpolitik 1870–1890. Aufstieg und Gefährdung. Paderborn 2004; ders.: Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902. Berlin 1997; Andreas Rose: Die deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck (1862–1890). Darmstadt 2013; ders.: Die Außenpolitik des Wilhelminischen Kaiserreichs (1890–1918). Darmstadt 2013; Christoph Nonn: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreiches 1871–1918. München 2020.

wurde. Militarismus war offenbar ein internationales Phänomen und der Einsatz von Gewalt bei sozialen Unruhen in fast allen Industrieländern üblich. Das Reich hatte daran seinen unrühmlichen Anteil, ohne in jedem Fall unbedingt für die schlimmsten Exzesse verantwortlich gewesen zu sein.³¹

Ähnliches gilt für die Entgrenzung von Gewalt in den Kolonien, die mehr als alles andere dazu beigetragen hat, die Schattenseiten der westlichen Moderne zu akzentuieren und die Idee einer Vorbildfunktion des Westens in Frage zu stellen. Man verharmlost die Brutalität und Gnadenlosigkeit der sogenannten deutschen Schutztruppen im Krieg gegen die Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 nicht, wenn man sie als Teil eines übergreifenden Phänomens westlicher Kriegführung gegen vermeintlich „unzivilisierte Völker“ identifiziert, vergleichbar mit dem Vorgehen Belgiens im Kongo, der Briten in Indien und Kenia, Frankreichs in Algerien, der USA auf den Philippinen oder Italiens in Libyen und Äthiopien.³² Christoph Nonn hat darauf hingewiesen, dass der Vernichtungsfeldzug Lothar von Trothas nicht der einzige wirkmächtige Bezugspunkt deutscher Kolonialgeschichte sei; daneben gebe es eine „ebenfalls rassistisch unterfütterte, aber liberal-demokratische und letzten Endes wesentlich langlebigere Variante kolonialen Denkens“, die nach 1945 in die Ideen westlicher „Entwicklungshilfe“ geflossen sei. Kontinuitätslinien, so Nonn, führten nicht nur „von Afrika nach Auschwitz, sondern auch von Windhuk nach Weimar und Bonn“.³³

1933 und 1945 bilden auch auf anderen Forschungsfeldern nicht mehr die einzigen Fluchtlinien der Interpretation. Neuere Deutungen lassen das Kaiserreich nicht nur als Präludium des „Dritten Reiches“, sondern auch als Vorgeschichte der alten Bundesrepublik, der DDR und des vereinten Deutschlands erscheinen. Hinter 1918 zurückreichende Prägungen und Pfadabhängigkeiten werden deutlicher benannt, gegenwärtige Phänomene und Entwicklungen mit der zwiespältigen Geschichte des Kaiserreichs verbunden.

Der deutsche Korporatismus und das deutsche Verbändewesen etwa entstanden im Kaiserreich, prosperierten in der Weimarer Republik, überlebten, totalitär überformt, den Nationalsozialismus und drückten auch der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ihren Stempel auf. Auf der ökonomischen Ebene, darauf hat Werner Plumpe jüngst noch einmal hingewiesen, haben die institutionelle Vereinheitlichung nach 1871 und die industrielle Dynamisierung seit den 1890er Jahren die Bedingungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs und einer Prosperität geschaffen, die Deutschland durch weite Strecken des 20. Jahrhunderts getragen haben und bis in die Gegen-

31 Nonn: 12 Tage (wie Anm. 30), S. 453, 514.

32 Dieter Langewiesche: Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne. München 2019.

33 Nonn: 12 Tage (wie Anm. 30), S. 259 f., hier S. 260.

wart prägen. Stichworte sind etwa die Gründung der Reichsbank, die großen sozialpolitischen Gesetze der 1880er Jahre, die Vereinheitlichung des Rechts vom Patent- und Gesellschaftsrecht bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) im Jahr 1900. Die Industrien der zweiten industriellen Revolution (Elektrotechnik, Maschinenbau, Chemie) bilden auch im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts noch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Für die im Umfeld der Reichsgründung entstandenen Geldinstitute wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank gilt Vergleichbares im Finanzdienstleistungssektor.³⁴

Wichtige Wesenszüge des deutschen Föderalismus wurden ebenfalls im Kaiserreich geprägt, indem die Verfassungen von 1867 und 1871 dem Reich die Gesetzgebung und den einzelnen Ländern die Ausführung der Gesetze zuwiesen. Dabei ist es ebenso geblieben wie bei der Einrichtung eines Bundesrates, in dem – anders als etwa beim US-Senat – keine eigens für diesen Zweck gewählten Parlamentarier saßen, sondern weisungsgebundene Vertreter der Landesregierungen.³⁵ Der frühere Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat sogar das im Grundgesetz nicht vorgesehene Gremium ad hoc einberufener Krisentreffen der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Pandemie-Bekämpfung im Jahr 2021 als „ein Erbstück aus der Bismarck-Zeit“ zu legitimieren versucht.³⁶

In der Geschichte des deutschen Parlamentarismus markieren die Jahre 1918/19 und 1945/49 ebenfalls keine Zäsuren, die alles veränderten. Der Reichstag etablierte sich schon im Kaiserreich als zentrale Bühne der öffentlichen Austragung politischer Konflikte, wenn auch nicht als entscheidende Instanz der Regierungsbildung. Die Abgeordneten erhielten seit 1906 Diäten (und freie Fahrt mit der deutschen Eisenbahn), was den Trend zum Vollzeit- und Berufspolitiker förderte. Im Unterschied zum britischen Unterhaus war der Reichstag ein Arbeits- und kein Debattenparlament. Die Gesetzgebungsarbeit in den Ausschüssen zählte im Zweifel mehr als der rhetorische Schlagabtausch im Plenum. In Deutschland entstand eine Parlamentskultur des geschriebenen, weniger des gesprochenen Wortes. Auch das ist bis heute im Wesentlichen so geblieben.³⁷

34 Werner Plumpe: Die Gründung des Deutschen Reiches 1871. Ein Ereignis mit wirtschaftshistorischen Folgen. In: Tilman Mayer (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Baden-Baden 2021, S. 167–202.

35 Siegfried Weichlein: Föderalismus und Demokratie in der Bundesrepublik. Stuttgart 2019, S. 40 f.

36 Andreas Kilb: Eine falsche Antiquität. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Januar 2021.

37 Zu neueren Ansätzen in der historischen Parlamentarismusforschung siehe Dominik Geppert: Die ungeschriebenen Regeln der repräsentativen Demokratie. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 71 (2020), H. 5/6, S. 237–244.

Aufgrund des allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Männerwahlrechts auf Reichsebene konnte im deutschen Kaiserreich etwa ein Viertel der Bevölkerung an nationalen Wahlen teilnehmen – deutlich mehr als etwa im britischen Mutterland des Parlamentarismus, wo es nur rund 16 Prozent waren. Die Wahlbeteiligung im Reich lag mit 85 Prozent deutlich höher als heute. Vor diesem Hintergrund hat Hedwig Richter „wichtige Wurzeln der Massendemokratie“ im Kaiserreich verortet. Ihre Überlegungen zur deutschen Demokratiegeschichte haben heftigen Widerspruch hervorgerufen.³⁸ Die Einwände sind (wenigstens teilweise) der Tatsache geschuldet, dass Richter die Ursachen für den Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus nicht in der Tradition der Sonderwegsthese allein reaktionären und antidemokratischen Kräften zuschreibt, sondern sie als Ausgeburt der Demokratie auf die „dunkle Seite der Massenpolitisierung“ zurückführt.³⁹ In ihrer Interpretation spiegelt sich eine aktuelle Sorge angesichts eines „Unbehagen[s] an der Demokratie“ bzw. der „Fragilität“, aber auch der Möglichkeiten zum Missbrauch der Demokratie, die der Sonderwegshistorie fremd war.⁴⁰ Diese vertraute auf Fortschritt im Zeichen westlicher Werte und im Rahmen einer „eingehetzten Demokratie“ als politischer Ordnung der sozial, ethnisch und kulturell weitgehend homogenen westdeutschen Gesellschaft der 1960er bis 1980er Jahre.⁴¹

Schließlich stellt sich seit 1990 auch wieder die Frage nach einer deutschen Nationalgeschichte jenseits des postnationalen Selbstverständnisses der alten Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist nicht mehr der östlichste Frontstaat des Westens im Kalten Krieg mit der Sowjetunion, sondern findet sich als wirtschaftliches und politisches Schwergewicht im Zentrum Europas wieder. Damit fremdeln große Teile des politischen Establishments im vereinten Deutschland immer noch. So verwendete der Bundespräsident in seiner Rede zum 150. Jahrestag der Reichsgründung aus dem Wortfeld der Nation nicht ganz zufällig vor allem negativ konnotierte Begriffe wie „Nationalismus“, „nationaler Egoismus“ oder „nationale Überheblichkeit“. Dass 1871 eine Nationalstaatstradition begründet wurde, in die Deutschland,

38 Siehe etwa Christian Jansen: Rezension zu: Richter, Hedwig: Demokratie. Eine deutsche Affäre. München 2020. In: H-Soz-Kult, 09.02.2021, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-49883; Andreas Wirsching: Rezension von: Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2020. In: sehepunkte 21 (2021), Nr. 3, www.sehepunkte.de/2021/03/34995.html.

39 Richter: Aufbruch (wie Anm. 28), S. 141, 145; vgl. auch Richter: Demokratie (wie Anm. 38).

40 Hedwig Richter/Tim B. Müller: Einführung. Demokratiegeschichte in Deutschland (1800–1933) in transnationaler Perspektive. In: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), S. 325–335, hier S. 326 f.

41 Paul Nolte: Raue Zeiten. In: Der Tagesspiegel vom 27. Oktober 2019, S. 5.

ob man wollte oder nicht, 1990 wieder eintrat, rückte demgegenüber in den Hintergrund.⁴²

Die Beklemmung ist nicht auf den politischen Bereich beschränkt. Auch eine für die historische Dimension kollektiver Identitäten sensibilisierte Kulturwissenschaftlerin wie Aleida Assmann schirmt ihr Plädoyer für eine „Wiedererfindung der Nation“ mit einer Brandmauer gegen die deutsche Geschichte vor 1918 ab. Sie vermag im Kaiserreich nur den „preußischen Obrigkeitsstaat ohne gleiche demokratische Rechte“ und „imperialen Nationalstaat mit globalen Ambitionen“ zu erkennen, wie ihn die Sonderwegshistorie vorgezeichnet hat.⁴³ Für Eckart Conze ist die Warnung davor, den „Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Reiches von 1871“ zu stellen, das Herzstück seiner Geschichtsintervention.⁴⁴

Das Bedürfnis, Kaiserreich und Reichsgründung schwarzzumalen, resultiert, so scheint es, nicht zuletzt aus einem anhaltenden Unbehagen, wieder in einem Nationalstaat zu leben, der womöglich kein Durchgangsstadium zu einer europäischen Republik ist, sondern auf absehbare Zeit erhalten bleibt. Man muss nicht von einer neuen „Lebenslüge“ sprechen, aber eine fehlende intellektuelle Selbstanerkennung des vereinigten Deutschlands als Nationalstaat in einer von Nationalstaaten geprägten Welt ist doch zu diagnostizieren.⁴⁵ Eine Kritik an derartigen Blickverengungen zielt keineswegs darauf, das Deutsche Reich als „Modell deutscher Nationalstaatlichkeit“ wieder „salonfähig“ zu machen, wie Eckart Conze unterstellt. Es geht vielmehr darum zu akzeptieren, dass es seit 1990 wieder einen deutschen Nationalstaat gibt und dass mit ihm nicht alle, aber doch einige der nach 1945 für überwunden erachteten Problemlagen und Herausforderungen zurückgekehrt sind: Nicht zuletzt ist dies die spannungsreiche Situation eines vergleichsweise mächtigen Deutschlands in der Mitte des europäischen Kontinents, die eine besondere Verantwortung und zugleich spezifische Herausforderungen an das politische Balancegefühl mit sich bringt.

Der Beweis dafür, dass wir heute mit diesen Spannungslagen klüger und verantwortungsvoller umgehen als unsere Vorfahren vor 1914, ist immer wieder neu zu erbringen. Eine gewisse Demut der Nachgeborenen erscheint mir in dieser Hinsicht angebrachter als der allzu selbstgewisse Verweis auf die Fehler der Vergangenheit, aus denen wir ein für allemal die richtigen Lehren gezogen haben. Für eine solche Bescheidenheit zu plädieren, heißt nicht, sich in die Unverbindlichkeit „oberflächlicher Ambivalenzbefunde“ zu

42 Steinmeier: Ungetrübter Blick (wie Anm. 10).

43 Aleida Assmann: Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen. München 2020, S. 152.

44 Conze: Schatten (wie Anm. 3), S. 250.

45 Tilman Mayer: Zur Einführung. Skizzen und Reflektionen. In: Ders. (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Baden-Baden 2021, S. 7–33, hier S. 7.

flüchten oder das Kaiserreich in irgendeiner Weise „anschlussfähig“ für unsere Gegenwart machen zu wollen. Es bedeutet lediglich anzuerkennen, dass die langen Linien deutscher Geschichte in Europa und der Welt vielfältiger, widersprüchlicher, auch bunter sind als es die Verbannung in ein Schattenreich suggeriert, das einseitig von Defiziten, Belastungen und Verfehlungen bestimmt ist.

Wer sich mit der neueren Forschung für eine differenziertere Sicht auf Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in Deutschland zwischen 1871 und 1914/18 ausspricht, betreibt deshalb auch nicht das Geschäft von Rechtsextremen, die einem verklärten Bild des Kaiserreichs anhängen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wer historische Nuancierungen und Widersprüche im Dienste gegenwärtiger politischer Präferenzen zugunsten einer volkspädagogisch vereinfachten Deutung ausblendet, macht es den Weichzeichnern und Weißwäschern zu leicht, gegen eine einseitige und voreingenommene Geschichtswissenschaft zu polemisieren.

Wenn gegenwärtig geopolitische Zwänge in der internationalen Politik wieder breiter diskutiert werden, wenn die Spannung zwischen Fortschrittlichkeit und Reaktion im Kaiserreich häufiger thematisiert wird, wenn die Rückkopplungseffekte von Tradition und Moderne historiographisch vernehmbarer werden, wenn Historikerinnen und Historiker die deutschen Entwicklungen stärker im internationalen Kontext beurteilen und dabei stärker als früher auch globale Verflechtungen im Auge haben, wenn sie nicht nur Strukturen, sondern auch die gelebte Praxis intensiver analysieren, dann kommen darin veränderte Erkenntnisinteressen aufgrund neuer Erfahrungen und sich wandelnder Zeitumstände zum Ausdruck. Die Gegenwart prägt unsere Fragen an die Vergangenheit, aber sie darf uns nicht die Antworten diktieren. Sonst ist Geschichtswissenschaft zum Scheibenputzen im Spiegelkabinett vorgefertigter Meinungen verdammt.

Weichzeichner und Schwarzmalerei. Warum wir eine differenzierte Debatte über das Kaiserreich brauchen

Der Schatten des Kaiserreichs ist lang.¹ Er reicht bis in die Gegenwart. Die Debatte über den Nationalstaat von 1871, die im vergangenen Jahr nicht nur die Geschichtswissenschaft beschäftigte, sondern die auch in einer breiteren, medialen Öffentlichkeit geführt wurde, hatte zwar im 150. Jahrestag der Reichsgründung einen Jubiläumskalendarischen Anlass. Doch der runde Jahrestag allein kann die Intensität der Auseinandersetzung nicht erklären. Sie trug von Anfang an geschichtspolitische Züge und war Teil einer geschichtsbezogenen Selbstverständigung, drei Jahrzehnte nachdem 1990 zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte ein deutscher Nationalstaat entstanden war. Das unterscheidet die Debatte und ihren Ort von früheren Auseinandersetzungen über das Kaiserreich und seine historische und politische Bewertung. Diese reichen zurück bis in die Zeit unmittelbar nach dem Untergang der Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs.

Die Demokratie- und Freiheitsdefizite des Kaiserreichs zu überwinden, war für die Weimarer Republik und insbesondere die in der Weimarer Koalition zusammenarbeitenden Kräfte aus Sozialdemokratie, Zentrum und linkem Liberalismus der entscheidende Imperativ ihres politischen Handelns insbesondere in der Frühphase der Republik nach der Revolution von 1918. Die Republik und ihre Verfassung entstanden in kritischer Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich. Zugleich jedoch gehörte die mangelnde Distanz zum Kaiserreich und seinen Eliten, die sich nicht zuletzt in der nahezu kollektiven Weigerung spiegelte, deren Anteil an der Verantwortung für den Kriegsbeginn 1914 klar zu benennen, zu den Belastungen der Republik. Darüber hinaus erschien das Kaiserreich insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Krisen der Jahre nach 1918 als ein goldenes Zeitalter, was

1 Dieser Beitrag geht zurück auf die Podiumsdiskussion „Neue Kontroversen um das alte Reich“ im Rahmen des Kolloquiums zur Liberalismus-Forschung „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“ des Archivs des Liberalismus im November 2021 in Jena. Er greift Überlegungen und Argumente auf, die ich ausführlicher dargelegt habe in meinem Buch: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. München 2020; vgl. aber auch Eckart Conze: Erinnerungskulturelle Rechtswende. 150 Jahre 1871 und der Deutungskampf ums Kaiserreich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2021, S. 85–95.

freilich eine stark schichtenspezifische Wahrnehmung war, die überdies die politischen Bedingungen des Obrigkeitsstaates ausblendete.²

Nach 1945 hat es lange gedauert, bis das Kaiserreich und mit ihm der erste deutsche Nationalstaat zu einer historisch abgeschlossenen Epoche werden konnten. In der frühen Nachkriegszeit zeichneten Historiker ein Bild des Kaiserreichs, das vor allem dem Zweck diente, angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen sowie der deutschen Teilung die Idee der Nation und des deutschen Nationalstaats zu retten. Weit darüber hinaus, das Kaiserreich lediglich nostalgisch als „gute alte Zeit“ darzustellen, sollte seine Geschichte zeigen, dass ein deutscher Nationalstaat nicht nur möglich, sondern dass der Nationalstaat von 1871 bis in die Gegenwart anschlussfähig geblieben war, reanimierbar und durch den Nationalsozialismus gerade nicht diskreditiert. Einem kritischen Blick auf das Kaiserreich war das insbesondere in Deutschland selbst, vor allem in der Bundesrepublik, und in der deutschen Geschichtswissenschaft nicht zuträglich. Kritisch hingegen war das Kaiserreichbild emigrierter Historiker, die schon früh nach den Verbindungslinien vom Kaiserreich ins Dritte Reich fragten. Sie wollten sich mit den verkürzenden Hinweisen auf den Ersten Weltkrieg und insbesondere die deutsche Niederlage sowie den Versailler Vertrag nicht begnügen, zumal dies am Ende in einer nationalapologetischen Argumentation die Verantwortung für die Dauerkrise der Weimarer Republik sowie den Aufstieg und die Machtübernahme den Siegern des Weltkriegs zuwies.

In den Jahren um 1960 sorgte der Hamburger Historiker Fritz Fischer zunächst mit seinen Thesen zum Beginn des Ersten Weltkriegs, später dann zu den Kontinuitätslinien zwischen zweitem und Drittem Reich, für eine heftige Kontroverse in der Historikerzunft, die auch Politik und Öffentlichkeit erfasste.³ Die kritische Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich und einem schwarz-weiß-roten Geschichtsbild, das wurde hier deutlich, war im weiteren Kontext ein wichtiges Element der politischen und sozialkulturellen Liberalisierung und Westorientierung der Deutschen nach 1945. Vor diesem Hintergrund charakterisierte seit den 1960er Jahren zunehmend eine kritische Distanz in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit das Kaiserreich-Bild. Nicht zuletzt in der Denkfigur des deutschen „Sonderwegs“ bündelte sich, vorangetrieben durch die Fischer-Kontroverse und vor allem in einer jüngeren Historiker-Generation, diese kritische Perspektive. Historiker wie Hans-Ulrich Wehler oder Jürgen Kocka und die mit ihnen verbundene „Bie-

2 Als literarisches Zeugnis dafür s. beispielsweise Stefan Zweig: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers (1944). Frankfurt a.M. 1994.

3 Vor allem Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, 1914–1918. Düsseldorf 1961, aber auch ders.: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945. Düsseldorf 1979.

lefelder Schule“ kehrten dabei die schon aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammende nationalkonservative Deutung der deutschen Geschichte um, die den deutschen Nationalstaat, das Kaiserreich, und seinen Autoritarismus als überlegenen Gegenentwurf zu westlichen Modellen pries und als „deutschen Weg“ ideologisierte.⁴ Jenseits der Geschichte des Kaiserreichs lag die Bedeutung der Sonderwegsthese darin, dass sie historische Kontinuitätslinien über das Jahr 1918 hinaus postulierte und 1871 mit 1933 verband.

Durchgesetzt hat sich die Sonderwegsthese am Ende nicht, auch weil sie die deutsche Geschichte am Standard einer westlichen Normalentwicklung maß und die Geschichte der westlichen Nationen idealisierte und verklärte. Aber das entwertet nicht die Ergebnisse der von der Sonderwegsthese ausgehenden Forschung, und vor allem macht es nicht die Frage nach den Verbindungen von Kaiserreich und Nationalsozialismus obsolet. Genau das spielt in den gegenwärtigen Diskussionen eine wichtige Rolle. Wer das Kaiserreich in ein rosiges Licht tauchen, wer es als Modell deutscher Nationalstaatlichkeit wieder salonfähig und wer den Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Nationalstaats Kaiserreich stellen möchte, der muss daran interessiert sein, die Verbindungen zwischen Kaiserreich und Drittem Reich zu negieren, zumindest aber zu relativieren, was freilich zu einer erneuten historischen „Verinselung“ des Nationalsozialismus führt. Dann erscheint der Nationalsozialismus wieder als ein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, wie es der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern schon vor mehr als einem halben Jahrhundert feststellte, als der Berliner Historikertag 1964 über die Thesen Fritz Fischers debattierte.⁵ Genau zur gleichen Zeit fragte auch Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ (1965) nach den Ursachen des Nationalsozialismus. Er suchte die Antwort darauf in einer weiteren Frage: „Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenig Freunde gefunden?“ Für den liberalen Soziologen war das die eigentliche „deutsche“ Frage, und sie ließ sich nicht durch den Hinweis auf den Versailler Vertrag oder die Person Adolf Hitlers beantworten, sondern führte vielmehr weit ins 19. Jahrhundert und in die Geschichte des Kaiserreichs zurück.⁶

Mit seinem Titel „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie?“ – wohlge-merkt: mit Fragezeichen – nahm das Jenaer Liberalismus-Kolloquium 2021 Dahrendorfs Frage wieder auf und richtete sie auf das Kaiserreich. Es wäre ahistorisch, das Kaiserreich an jener liberalen Demokratie zu messen, die sich in der Bundesrepublik nach 1945 allmählich – und nicht ohne Widerstände – durchgesetzt hat. Doch schon im 19. Jahrhundert zielten liberales

4 Dazu noch immer Bernd Faulenbach: *Ideologie des deutschen Weges*. München 1980.

5 Fritz Stern: *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*. München 2007, S. 302 f.

6 Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München 1965, S. 15–43 (dort auch die Zitate).

Denken und liberale Politik auf eine freiheitliche Bürgergesellschaft.⁷ Im Zentrum der liberalen Idee, so wie sie sich in Deutschland und Europa auf durchaus unterschiedliche Weise entwickelte, stand auf der Grundlage der Existenz beziehungsweise der Anerkennung individueller Menschen- und Bürgerrechte der Einzelne, der einzelne Mensch als freier Bürger mit freien politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten. Hinzu traten Vorstellungen politischer Willensbildung, die insbesondere durch parlamentarische Vertretungen das monarchische Prinzip und die monarchische Herrschaft überwinden sollten. An diesen Maßstäben und Zielvorstellungen muss man das Kaiserreich messen. Dieses steht fraglos für wichtige Liberalisierungsfortschritte, nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaft. Gerade seine politische Illiberalität verhinderte jedoch den Durchbruch zur freiheitlichen und demokratischen Staatsbürgergesellschaft. Das meinte Theodor Mommsen, der große liberale Historiker, der zeitweise auch dem Preussischen Abgeordnetenhaus sowie dem Reichstag angehörte, als er am Ende seines Lebens resigniert feststellte, er habe stets gewünscht, „ein Bürger zu sein“. Doch das sei „nicht möglich in unserer Nation, bei der der Einzelne [...] über den Dienst im Gliede und den politischen Fetischismus nicht hinauskommt“. Wenige Jahre zuvor hatte er das politische System des Kaiserreichs als „pseudokonstitutionellen Absolutismus“ charakterisiert.⁸ Der Soziologe Max Weber sprach von einer „kontrollfreien Beamtenherrschaft“,⁹ und nicht nur für den Staatsrechtler Gustav Radbruch, später für einige Jahre Justizminister der Weimarer Republik, blieb das Kaiserreich bis zu seinem Ende ein „Obrigkeitsstaat“.¹⁰

Der autoritäre Nationalstaat, der 1871 in der Folge dreier Kriege und als Ergebnis einer Revolution von oben entstanden war, ließ wenig Raum für ein freiheitliches und demokratisches Verständnis von Nation. Von der Nation als Willensgemeinschaft sprach der französische Gelehrte Ernest Renan, die durch das, wie er 1882 formulierte, tägliche Plebiszit ihrer Bürger –

7 Siehe dazu und zum Folgenden Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt a.M. 1988, S. 7–11.

8 Theodor Mommsen zit. nach: Jürgen Malitz: „Ich wünschte, ein Bürger zu sein.“ Theodor Mommsen im wilhelminischen Reich. In: Karl Christ/Arnoldo Momigliano (Hrsg.): *Die Antike im 19. Jahrhundert in Italien und Deutschland*. Berlin/Bologna 1988, S. 281–298. Vgl. auch Lothar Gall: „... ich wünschte ein Bürger zu sein“. Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 245 (1987), S. 601–623.

9 Max Weber: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen 1988, S. 442.

10 Gustav Radbruch: *Die politischen Parteien im System des deutschen Verfassungsrechts*. In: Gerhard Anschütz/Richard Thomas (Hrsg.): *Handbuch des deutschen Staatsrechts*, Bd. 1. Tübingen 1930, S. 285–294. Zur Bewertung des Kaiserreichs in der zeitgenössischen Staatsrechtslehre siehe auch Michael Dreier: *Verfassung und Staatsrechtslehre. Konstruktion und Kritik*, <https://www.demokratie-geschichte.de/3093/verfassung-und-staatsrechtslehre-e-konstruktion-und-kritik> (2.5.2022).

„un plébiscite de tous les jours“ – immer wieder neu bestätigt werde, ja bestätigt werden müsse. Mit diesem Argument bezog der Historiker und Religionswissenschaftler damals auch Stellung gegen die deutsche Annexion des Elsass, dessen kulturell und ethnisch deutschen Charakter er nicht bestritt: „Das Elsass ist von der Sprache und der Rasse her deutsch; aber es will nicht Teil des deutschen Staates sein; das entscheidet die Frage. [...] Unsere Politik ist die Politik des Rechts der Nationen; Ihre ist die Politik der Rassen. [...] Sie haben in der Welt die Fahne der ethnographischen und archäologischen Politik anstelle der liberalen Politik erhoben“.¹¹ Vor dem Hintergrund der Entwicklung der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert, die meinte, das Recht der Deutschen auf einen nationalen Staat rechtfertigen zu müssen, erscheint die Rede von der Nation als Sprach- oder Abstammungsgemeinschaft nachvollziehbar, zumal sie sich partiell durchaus mit liberalen und demokratischen Begründungen verband. Aber mit der Geburt des Nationalstaats verlor dieses liberal-demokratische Nationsverständnis an Bedeutung. Das nationale Wahlrecht wurde nicht von den Bürgern erstritten, sondern von oben gewährt, es war ein Instrument in politischer Absicht, zumal das nationale Parlament, das dieses Wahlrecht konstituierte, in seiner politischen Macht beschränkt blieb. Das „demokratische Zukunftsversprechen“ (Dieter Langewiesche), das der Nationalstaat in Deutschland vor 1870 bedeutete, blieb im Prozess der Reichsgründung und in den Verfassungsinstitutionen des Kaiserreichs uneingelöst.

Aus der eher britischen Perspektive von Oliver Haardt, Autor einer umfangreichen Verfassungsgeschichte des Kaiserreichs, mag es leicht sein, Verfassungstexte als schriftlich fixierte Normen beiseitezuschieben. Die Bedeutung der „Verfassungswirklichkeit“, also konstitutioneller und verfassungspolitischer Praktiken, war in Großbritannien, wo es keine geschriebene Verfassung gab, freilich deutlich größer als in Deutschland, wo Verfassungstexte die Verfassungswirklichkeit und die Grenzen insbesondere des institutionellen Wandels maßgeblich bestimmten.¹² Das bedeutet nicht, dass es nicht unterhalb der Ebene der Verfassung und der nationalen politischen Institutionen Dynamiken liberaler Nationsbildung gab. Dazu gehörte nicht zuletzt der Ausbau einer modernen Rechtsstaatlichkeit: Gerichte, welche die gesetzlichen Rechte der Bürger pflegten und schützten, und das auch, zumindest meistens, vor staatlicher Willkür. Der Staat selbst war in seinem Handeln an

11 Ernest Renan an David Strauß, 13.9.1870, zit. nach: Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten, 1750–1914*. München 2008, S. 568.

12 Auch die insgesamt positiv-optimistische Deutung der Verfassungsentwicklung im Kaiserreich von Oliver Haardt kann sich am Ende dieser Einsicht nicht verschließen; vgl. Oliver Haardt: *Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs*. Darmstadt 2020.

Recht und Gesetz gebunden, doch zum freiheitlichen Staat machte ihn das nicht.

Die kritische Distanz zum Kaiserreich wird von einigen Historikern heute als Spezifikum der alten Bundesrepublik hingestellt, geboren aus der Notwendigkeit der Westbindung, als gleichsam historiographische Unterfütterung der westdeutschen Demokratiegründung und eines post-nationalen Selbstverständnisses. Das verbindet sich implizit oder explizit mit der Position, dass sich im Nationalstaat Bundesrepublik seit 1990 die Frage nach der deutschen Nationalgeschichte neu stelle. Dominik Geppert beispielsweise sieht in der Kritik an den aus seiner Sicht teils plumpen, teils subtileren Versuchen, den Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Reiches von 1871 zu stellen, eine „fehlende intellektuelle Selbstanerkennung des vereinigten Deutschlands als Nationalstaat“.¹³ Doch warum braucht der Nationalstaat Bundesrepublik, warum brauchen die Deutschen der Gegenwart ein anschlussfähiges Kaiserreich? Es geht hier wohl auch um die Vorstellung von Nation und Nationalstaatlichkeit per se, um Ideen von nationaler Souveränität und Durchsetzungskraft, von nationaler Macht, die der Vorstellung autonomer nationaler Machtstaatlichkeit der Zeit um 1900 stärker ähneln als der Idee geteilter Souveränität und verflochtener nationaler Interessen, so wie sie sich nach 1945 insbesondere in Europa entwickelt hat und in Gestalt von Westbindung und europäischer Integration zu einem Kern der Staatsräson der Bundesrepublik wurde.

Doch der Streit über das Kaiserreich ist nicht nur geschichtspolitisch, er ist nicht nur die Ausformung einer geschichtsbezogenen Identitätsdebatte, und er speist sich nicht ausschließlich aus den Dynamiken einer Renationalisierung. Auch wissenschaftliche Entwicklungen gehören zum Hintergrund der Kontroverse, die sich gerade dadurch auszeichnet, dass sich in ihr geschichtspolitische und geschichtswissenschaftliche Argumente und Bewertungen verbinden, dass geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse bemüht werden, um politische Urteile zu stützen und dass umgekehrt politische Positionen auf wissenschaftliche Perspektiven einwirken. Das mag man kritisieren, aber es ist in einer pluralistischen Gesellschaft kaum zu vermeiden. Geschichte wird nicht kontextfrei geschrieben, wissenschaftliche Standards und Ansprüche schließen politische Urteilsbildung nicht aus. Genau daraus speisen sich historische Kontroversen in einer demokratischen, pluralistischen Öffentlichkeit. Und das gilt erst recht, wenn es um so zentrale Themen geht wie Nation, Nationalismus und Nationalstaat oder um die Wurzeln, den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Entstehungsbedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Verbrechen.

13 Dominik Geppert: Neuer Nationalismus? Vom deutschen Bedürfnis, das Kaiserreich schwarzzumalen. In: Neue Zürcher Zeitung, 3.5.2021.

Wer heute Kritik an einem weichgezeichneten Bild des Kaiserreichs übt, tut dies in der Regel nicht aus einem „anhaltenden Unbehagen, wieder in einem Nationalstaat zu leben“ (Dominik Geppert)¹⁴, sondern weil die deutsche Nationalstaatlichkeit des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts kein Modell – und schon gar kein anschlussfähiges – abgibt für Nationalstaatlichkeit im 21. Jahrhundert. Nation und Nationalstaatlichkeit sind begriffliche Hülsen, die mit völlig unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können. Um diese Inhalte geht es und damit um Freiheit, Demokratie und Pluralismus, nicht um ein Bekenntnis zur Nation oder dagegen, nicht um Anerkennung oder Nicht-Anerkennung von Nationalstaatlichkeit.

Die Geschichtsschreibung zum Kaiserreich, die mit der kleindeutsch-borussischen Historiographie bereits in der Reichsgründungszeit einsetzte, hat lange gebraucht, um Distanz zu ihrem Gegenstand zu gewinnen. Das war auch eine generationelle Entwicklung. Fischer-Kontroverse und Sonderwegsthese prägten eine politische Sozialgeschichte, die in der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem programmatischen Aufschlag von Hans-Ulrich Wehler 1973¹⁵ in den 1980er und 1990er Jahren mit den Werken von Wehler selbst, von Wolfgang J. Mommsen und schließlich von Heinrich August Winkler zu ihren großen Synthesen gelangte.¹⁶ Selbst Thomas Nipperdeys Bände zum Kaiserreich wird man als Teil dieser historiographischen Entwicklung betrachten können.¹⁷ Dass Nipperdey das Kaiserreich als „Machtstaat vor der Demokratie“ bezeichnete, wirft ein Licht auf seine Urteilsperspektive.¹⁸

Wehlers *Gesellschaftsgeschichte* und Nipperdeys *Deutsche Geschichte* werden weithin als konkurrierende Geschichtsdeutungen verstanden, Deutungen vor allem der Geschichte des Kaiserreichs; und gewiss unterscheiden sich die beiden Darstellungen in vielerlei Beziehung. Doch schon in dem mit „Schattenlinien“ überschriebenen letzten Kapitel seines stark kulturgeschichtlich akzentuierten ersten Bandes zum Kaiserreich, erschienen 1990, war es Nipperdey wichtig, auf das bis dahin weitgehend ausgesparte Thema des geplanten nächsten Bandes hinzuweisen: die politische Geschichte. Nipperdey sorgte sich, dass er das Kaiserreich in zu hellem Licht habe erschei-

14 Ebd.

15 Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen 1973.

16 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde. München 1987–2008; Wolfgang J. Mommsen: *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890*. Berlin 1993; ders.: *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II*. Berlin 1995; ders.: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*. Frankfurt a.M. 1990; Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde. München 2000.

17 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bde. München 1990–1993.

18 Ebd., Bd. 2, S. 893 (und auch der Titel des Bandes).